



European Federation
of Building
and Woodworkers



Arbeitnehmervertretungen protestieren an Generalversammlung der Holcim-Aktionäre

Holcim und Lafarge: Keine Fusion ohne Arbeitnehmerrechte!

Vertreterinnen und Vertreter der Beschäftigten von Holcim und Lafarge aus Europa und darüber hinaus protestierten heute anlässlich der Generalversammlung der Holcim-Aktionäre. Der friedliche Protest erfolgte zusammen mit Vertretungen der internationalen Gewerkschaften und der Unia. Sie haben die Aktionäre an deren soziale Verantwortung erinnert und ganz konkret Garantien zu sozialen Standards und einen Ausbau der Arbeitnehmerrechte im neuen Megakonzern verlangt.

Die Fusion von Holcim und Lafarge ist ein Projekt, das vor allem wirtschaftliche Ziele verfolgt: Das neue Unternehmen soll mehr Marktmacht erlangen und den Aktionären Kursgewinne und hohe Dividenden bringen. Auf der anderen Seite stehen weltweit rund 130'000 bei beiden Konzernen Beschäftigte, die in eine ungewisse Zukunft blicken. Die Beschäftigten dürfen für den Megadeal nicht mit Angst und Jobverlust bezahlen. Sie verlangen anständige Garantien zu sozialen Standards und Arbeitsplätzen. Deshalb haben sie zusammen mit ihren nationalen und internationalen Gewerkschaftsorganisationen anlässlich der Holcim-Generalsammlung Präsenz gezeigt. Zudem haben sie die Aktionärinnen und Aktionäre an deren soziale Verantwortung erinnert und sie gleichzeitig aufgefordert, ihren Einfluss gegenüber dem Management entsprechend geltend zu machen.

Um die Genehmigung für diese Fusion zu erhalten, müssen die beiden Konzerne eine ganze Reihe von Anlagen und Werken verkaufen. Das hat Folgen für mindestens 15'000 Beschäftigte beider Konzerne. Viele von ihnen werden bei CRH (einem weiteren Baustoffhersteller) landen. Und niemand hat sich bis jetzt bereit erklärt, Garantien für die Beschäftigten zu geben. Das, was CRH, Holcim und Lafarge angeboten haben, ist das bloße gesetzliche Minimum. Im Klartext: 15'000 Beschäftigte, die das Geld für die Fusion mit erarbeitet haben und jetzt zu CRH wechseln müssen, haben keine Garantien für die Zukunft und bezahlen schon jetzt mit Angst um ihren Arbeitsplatz für den Erfolg der Fusion.

Und auch die Beschäftigten des künftigen Lafarge-Holcim-Konzerns blicken in eine ungewisse Zukunft, denn das Management der beiden Konzerne will lediglich die gesetzlichen Mindestregelungen einhalten. Auch das ist vollkommen unzulänglich und der geballten Wirtschaftskraft des neuen Konzerns nicht angemessen.

Hinzu kommt: Das Management beider Konzerne weigert sich bislang, in Verhandlungen über einen neuen Eurobetriebsrat und über ein Globales Rahmenabkommen zur sozialen Verantwortung des künftigen Konzerns einzutreten. So wird der neue Konzern ohne Europäischen Betriebsrat und ohne Globales Rahmenabkommen starten. Das bedeutet für die Beschäftigten noch mehr Unsicherheit, schadet der Reputation des neuen Konzerns und hat negative Folgen für die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Weitere Auskünfte: Rolf Beyeler, Sekretär Unia

Unia Schweiz, Medienmitteilung. 13.4.2015.

Unia Schweiz > Holcim. Fusion. Unia Schweiz. 2015-04-13